

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 14. Dezember 2010

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin fragt, um welche Art von Straße es sich beim Medardusring handelt. Die Verwaltung erläutert, dass der Bebauungsplan hierzu keine Festlegung trifft. Ein Bebauungsplan legt nur Flächen fest und gibt allenfalls Beschränkungen wieder. In der Begründung zum Bebauungsplan „Am Alten Damm“ ist der Medardusring als Sammelstraße bezeichnet. Die Verkehrsplanung für die innerörtlichen Straßen wurde auf der Grundlage des Generalverkehrsplans im Ortsentwicklungsplan vorgenommen, dem der Gemeinderat am 22.05.1995 zugestimmt hat. Auch danach ist der Medardusring als Sammelstraße mit Tempo 50 km/h konzipiert und eingestuft. Ein kurzer Abschnitt des Medardusrings wurde zwischenzeitlich mit Tempo 30 km/h ausgewiesen. Ein Bürger fragt nach der Klassifizierung der innerörtlichen Straßen. Die Verwaltung erläutert, dass sich die Klassifizierung nach dem Landesstraßengesetz richtet, das die Straßen in Landesstraßen, Kreisstraßen und Gemeindestraßen einteilt. Die Einteilung der innerörtlichen Straßen richtet sich nach deren Verkehrsfunktion.

Ein Bürger fragt, warum der Radweg nach Limburgerhof bei Schneefall und Glatteis nicht geräumt und gestreut wird. Die Verwaltung erläutert, dass der Radweg entlang der Landesstraße 533 als straßenbegleitender Radweg durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) gebaut wurde. Dieser ist auch zuständig für die Unterhaltung des Weges. Die Verwaltung wird die zuständige Straßenmeisterei auf den Umstand hinweisen. Evtl. kann dem LBM angeboten werden, dass die Gemeinde den Winterdienst gegen ein entsprechendes Entgelt übernimmt.

Uraufführung eines Promotionfilms über Mutterstadt

Im Rahmen eines Schulprojekts haben zwei Schüler der IGS einen Film über die Gemeinde Mutterstadt und die Metropolregion produziert. Die Anregung dafür gab der Partnerschaftsverein Mutterstadt e.V. Die Gemeinde hat die Herstellung des Films mit 400,00 € für die Ausleihe der Ausrüstung und die Fahrtkosten unterstützt.

Hinweis:

Weitere Informationen zur Bestellung des Films siehe an anderer Stelle im Amtsblatt.

Lokale AGENDA 21;

Indikatorenbericht 5. Fortschreibung 2010

Der am 16.11.2004 dem Gemeinderat durch die Lokale AGENDA 21 vorgestellte Bericht – Indikatoren für ein „Nachhaltiges Mutterstadt“ – wurde zwischenzeitlich fortgeschrieben. Zum 5-jährigen Indikatoren-Jubiläum hat die rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Margit Conrad der AGENDA ein Grußwort geschrieben.

Die 42-seitige Fortschreibung wird von den AGENDA-Sprechern Dr. Brigitte Dittrich-Krämer und Bernd Feldmeth vorgestellt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Stromverbrauch in Mutterstadt erfreulicherweise rückläufig ist, der Trinkwasserverbrauch dagegen aus unbekanntem Gründen überdurchschnittlich hoch ist. Außerdem wurde im „Jahr der Biodiversität“ der neue Indikator „Anzahl der Bäume“ aufgenommen. Ziel dieses Indikators soll sein, dass der Baumbestand in Mutterstadt um 15 % ansteigt.

Information über Zwischenstand Konvent der Bürgermeister

In der Sitzung des Gemeinderates am 27.04.2010 wurde ausführlich über den Konvent der Bürgermeister berichtet. Der Beschluss über einen Beitritt wurde jedoch vertagt, weil noch Fragen zu den verwendeten CO₂-Daten bestanden. Im Frühjahr 2011 führt die Metropolregion Rhein-Neckar eine Informationsveranstaltung durch. Dabei soll insbesondere auch erläutert werden, wie die für die CO₂-Berechnung notwendigen Ausgangsdaten aus dem Jahr 1990 und die darauf basierenden aktuellen Daten ermittelt wurden.

Aufnahme eines Kommunaldarlehens im Haushaltsjahr 2010

In der Nachtragshaushaltssatzung des Jahres 2010 sind zur Finanzierung von Investitionen Darlehensaufnahmen in Höhe von 800.000,00 € vorgesehen. Zur Finanzierung bereits

begonnenen Baumaßnahmen ist die Aufnahme dieses Investitionskredites nun notwendig. Die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung hierzu erteilt. Die Verwaltung schlägt vor, das Darlehen zunächst beim Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung zu einem Zinssatz von 3 % p.a. aufzunehmen. Die Gelder werden dort frühestens in 2012 für Investitionen benötigt.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt den notwendigen Investitionskredit aufzunehmen.

Annahme von Zuwendungen

Die Kulturstiftung der Kreissparkasse Rhein-Pfalz unterstützt die Jugendarbeit und die kulturellen Tätigkeiten des Fördervereins Jugendtreff Mutterstadt e. V. mit 500 Euro.

Die Bürgerstiftung Mutterstadt unterstützt die Bibliothek mit 800 Euro für einen Grundbestand an Bilderbuchkinos.

Die Kreissparkasse Rhein-Pfalz hat der Gemeinde Mutterstadt 2000 Euro zur Verteilung an gemeinnützige Vereine und Organisationen zukommen lassen. Es ist beabsichtigt dieses Geld in den Vermögensstock der Bürgerstiftung einzuzahlen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Ortsentwicklung;

Bewerbung für Städtebauförderung

Der qualifizierte Ortsentwicklungsplan stammt aus dem Jahr 1995. Die Gemeinde beabsichtigt das vorhandene Dorferneuerungskonzept fortzuschreiben.

In dieser Angelegenheit hatte die Verwaltung am 19.08.2010 den Innenminister Karl Peter Bruch eingeladen zum Rundgang und Gespräch auf welchem Wege die Gemeinde Mutterstadt die Fortschreibung des Ortsentwicklungskonzeptes mit fördernder Unterstützung des Landes vorantreiben kann. Herr Bruch sagte Prüfung innerhalb seines Ministeriums zu.

Ergebnis eines Gesprächs im Innenministerium am 11.11.2010 war, dass aus der Vielzahl der möglichen Programme in Sachen Städtebauförderung das Programm „Aktive Stadtzentren“ am besten für Mutterstadt geeignet wäre. Die Gemeinde sollte eine Bewerbungsmappe zusammenstellen und bis spätestens April 2011 den Antrag auf Aufnahme in dieses Programm stellen.

Die Inhalte der Bewerbung sollten die historische Entwicklung aufzeigen, Bestandsaufnahme im Bereich Wohnen und Handel, Kartenmaterial, Fotodokumentation sowie Defizite, Handlungsbedarf und Entwicklungskonzept in den Bereichen Wohnen, Handel, Straßenbau etc. darstellen und letztlich einen Maßnahmenkatalog abbilden, der innerhalb eines realistischen Zeitraums von ca. 10 Jahren auch unter Berücksichtigung der Haushaltssituation abgewickelt werden kann.

Einstimmiger Beschluss:

Eine Bewerbung für die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadtzentren“ wird befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bewerbungsmappe zu erarbeiten und bis spätestens April 2011 den Antrag zu stellen.

Antrag der SPD-Fraktion;

Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der Gemeinde Limburgerhof bezüglich Kooperationen und Fusion

Vor dem Hintergrund des Landesgesetzes zur Kommunalreform und der politischen Diskussionen zum demographischen Wandel sowie damit verbundener erforderlicher Prüfung von Einsparpotenzialen beantragt die SPD-Fraktion die Aufnahme von ergebnisoffenen Sondierungsgesprächen mit der Nachbargemeinde Limburgerhof.

Die Verwaltung hat bereits in der Vergangenheit unverbindliche Gespräche zur Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit der Gemeinde Limburgerhof geführt und auch darüber in den Gremien berichtet. Diese Gespräche hatten bisher jedoch den Fusionsaspekt noch nicht berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund eines konkreten Antrages im Gemeinderat Limburgerhof zur Fusion mit Neuhofen zu einer Verbandsgemeinde hält die Verwaltung allerdings jetzt parallel die Aufnahme von Gesprächen mit Limburgerhof für sinnvoll.

Sollte von Seiten Limburgerhofs konkretes Interesse bestehen sollte in einem weiteren Schritt auf jeden Fall die Bürgerschaft beteiligt werden.

Fraktionsvorsitzender Thorsten Leva (SPD) erläutert den Antrag nochmals. Insbesondere weist er auf die neuerlichen Äußerungen aus den Städten Ludwigshafen am Rhein, Frankenthal und Speyer hin, die begehrt die Eingemeindung der Umlandgemeinden vorschlagen. Der SPD-Antrag soll ein Anstoß zum Erhalt weiterer Informationen sein.

Fraktionsvorsitzender Martin Binder (CDU) möchte nicht nur mit Limburgerhof, sondern auch mit Dannstadt-Schauernheim Gespräche führen. Dabei sollen die Strukturen der umliegenden Gemeinden geprüft werden. Es muss auch geklärt werden, ob eine Einheitsgemeinde oder eine Verbandsgemeinde angestrebt wird. Die Verwaltung soll zunächst über bestehende oder geplante Kooperationen mit Limburgerhof informieren.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Kegel (FWG) hält den beantragten Beschluss für zu schnell. Zunächst hätte man die Fraktionen darüber informieren müssen, damit sich diese mit der Thematik auseinandersetzen können. Gespräche sollen nicht nur mit Limburgerhof geführt werden, damit Mutterstadt nicht in die Position eines Bittstellers gerät.

Ratsmitglied Walter Altvater (GRÜNE) sieht die Äußerungen der Nachbarstädte nach einer Zerschlagung des Rhein-Pfalz-Kreises eher gelassen. Die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde hält er für nicht bürgernah. Gespräche sollten deshalb mit dem Ziel der Bildung einer Einheitsgemeinde geführt werden.

Der Vorsitzende informiert, dass der Rhein-Pfalz-Kreis ein kreisweites Gutachten veranlasst, dessen Ergebnis im nächsten Jahr abgewartet werden soll. Der SPD-Antrag soll als Auftrag begriffen werden, um für spätere Diskussionen eine Grundlage zu haben.

Eine Fusion betrifft die Identität der Gemeinde, weshalb diese nur mit einer Bürgerbeteiligung, evtl. sogar Abstimmung, einhergehen kann. Sobald entscheidende Veränderungen eintreten, sollen die Gesprächsergebnisse und –inhalte in den Gremien besprochen und die Bürger einbezogen werden.

Kooperationsmöglichkeiten mit Limburgerhof sieht die Verwaltung derzeit im Bereich des Ordnungsamtes (gemeinsamer Einsatz von Vollzugsbeamten) und beim Winterdienst.

Einstimmiger Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt mit den umliegenden Gemeinden ergebnisoffene Gespräche zu führen, mit dem Ziel der Sondierung von Kooperations- und Fusionsmöglichkeiten.

Anträge / Anfragen

Auf Anfrage erläutert die Verwaltung die Forstarbeiten entlang der K 28. Wegen der Verkehrssicherheit und zum Schutz der nahen Wohnbebauung mussten einige nicht mehr standsichere Bäume gefällt werden. Der Einsatz des Harvester ist hierfür geeignet, weil dieser maschinelle Holz-Ernter schnell und umweltschonend arbeitet. Sofern Schäden an den Wegen entstehen, werden diese selbstverständlich beseitigt. Das Forstamt hat die Maßnahme mit der Verwaltung abgestimmt.